

Gärtner=Zeitung.

Zentralorgan für die Interessen aller im Gartenbau und in der Blumen- und Kranzbinderei tätigen Personen.

Offizielles Organ des

Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins (Sitz: Berlin)

(seit dem 1. Januar 1904 mit der Deutschen Gärtner-Vereinigung vereinigt).

Mitglieder des Allg. Deutschen Gärtner-Vereins erhalten die Zeitung gratis.

Erscheint
wöchentlich jeden
Sonabend.
Jährlich
52 Nummern.

Abonnements
nehmen alle Post-
anstalten entgegen.
Preis vierteljährlich
3.90 Mark.

Redaktion und Expedition: Berlin N. 37, Metzger Strasse No. 3.	Eigentümer und Herausgeber: Hauptvorstand des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins.	Redaktionsschluss: Jeden Dienstag Morgen.
---	---	--

Kollegen!

Vermeidet den Stellenwechsel! Meidet die Großstädte — ganz besonders aber Berlin und dessen weitere Umgebung! (Vergleiche den Leitartikel in No. 9.) — Besetzt nach Möglichkeit die Stellen in den Klein- und Mittelstädten und sonstigen kleinen Orten! Werbt emsig neue Mitglieder!

Patriotismus der Besitzenden.

Es ist eine jedem Politiker altbekannte Tatsache, daß der Patriotismus der Besitzenden nicht etwa in der Sorge um das allgemeine Volkswohl, sondern in der Sorge um ihren persönlichen Besitz gipfelt. Wenn das Deutsche Reich oder ein Bundesstaat oder eine Gemeinde zur Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben Gelder (Steuern) benötigen, so bieten die besitzenden Klassen allen ihren Einfluß auf, daß diese Steuern nicht ihrem Geldbeutel entnommen, sondern daß sie auf die große Masse des Volkes — nicht etwa nach dem Maße der Steuerkraft, sondern nach dem Maße der Kopfhahl — abgewälzt werden. Nur erst dann, wenn auf diesem Wege absolut nichts mehr herausgepreßt werden kann, wenn ein Ausweg, auf dem man sich vor dem Besteuertwerden seines Besitzes nicht mehr drücken kann, nicht mehr zu finden, macht man auf Seiten dieser „Patrioten“ schließlich gute Miene zum bösen Spiele, unterläßt dabei aber niemals zu beteuern, welch außerordentliche Opfer man damit dem Vaterlande bringe und darauf hinzuweisen, zu welchem besonderem Danke das Volk dem Besitze, dieses Opfers wegen, verpflichtet ist.

Die allermeisten Steuern im Reich, in den Staaten und in den Gemeinden sind darum auch nicht Steuern aus dem Besitz, sondern sogenannte indirekte Steuern, die aus dem Verbrauch an Lebensmittelbedürfnissen gewonnen werden. Das Deutsche Reich insbesondere hat bisher fast seinen gesamten Haushalt aus solchen Einnahmen bestritten. Aber die Leistungsfähigkeit der Massen reicht schon lange nicht mehr hin, auch die weitere Vermehrung der Steuern auf sich nehmen, soll nicht ein Zustand schließlich allgemeiner Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft und der sogenannten Mittelschichten, die in ihren Einkommensverhältnissen mit der Arbeiterschaft auf gleicher Stufe stehen, eintreten. So hat man sich denn in den Kreisen der Reichsregierung, wenn auch schweren Herzens, entschließen müssen, bei Gelegenheit der gegenwärtig zur Beratung stehenden sogen. „Reichsfinanzreform“ auch den Besitz ein wenig mit zu belasten. Im ganzen sollen bekanntlich künftighin für die Bedürfnisse des Reiches 500 Millionen (500000000) Mark alljährlich mehr aufgebracht werden als bisher aufgebracht worden sind.

Um diese jährliche Mehreinnahme zu erreichen, sollen bestimmte Sachen um soviel höher oder solche neu besteuert werden. Diese Steuer-auflegung ist nun so geregelt worden, daß an Neu-Einnahmen fließen sollen aus:

Branntwein	100 Millionen Mark
Bier	100 „ „
Wein	20 „ „
Tabak	77 „ „
Erbschaften	92 „ „
Elektrizität und Gas	50 „ „
Inserate	33 „ „

Das sind zusammen 472 Mill. Mark. Der Rest der noch fehlenden 28 Mill. Mark soll durch Erhöhung der ungedeckten Matrikularbeiträge vonseiten der Einzelstaaten aufgebracht werden, also durch Steuern, die jeder Bundesstaat von seinen Einwohnern besonders erhebt. — Von den 500 Mill. Mark sind 408 Mill. Mark also wieder Verbrauchssteuern, die zum größten Teil als Kopfsteuern in Frage kommen und die große Masse treffen. Nur 92 Mill. Mark sollen dem eigentlichen Besitz (als Erbschaftssteuer) entnommen werden. Erbschaften bis zu 20000 Mark bleiben frei; bei 20000 Mark bis 30000 Mark ist ein halber Prozent (0,5 Proz.) zu zahlen; 100 Mark bezw. 150 Mark. Dann 30—40000 Mark: 0,6 Proz.; 40—50000 Mark: 0,7 Proz.; 50—60000 Mark: 0,8 Proz.; 60—75000 Mark: 1,0 Proz.; 75—100000 Mark: 1,2 Proz.; 100—125000 Mark: 1,4 Proz.; 125—150000 Mark: 1,7 Proz.; 150—200000 Mark: 2,0 Proz.; 200—300000 Mark: 2,3 Proz.; 300—500000 Mark: 2,6 Proz.; 500—750000 Mark: 2,8 Proz.; 750—1000000 Mark: 2,9 Proz.; über 1000000 (1 Mill.) Mark: 3,0 Prozent.

Diese Erbschaftssteuer also wäre einmal eine Steuer, die den Besitz trifft und noch dazu in sehr mäßiger Weise. Erstens ist die prozentuelle Abgabe eine nur sehr geringe; zweitens wird diese nur ein einziges Mal (nämlich beim Antritt des Erbes) erhoben, und drittens braucht die Steuersumme bloß in Raten gezahlt werden, die sich auf mehrere Jahre verteilen. Für land- und forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke sind noch weitere Erleichterungen vorgesehen.

Als nun der Plan bekannt wurde, setzten die Besitzenden — unter Führung der konservativen Partei — sofort alles in Bewegung, um jeden Preis diese Erbschaftssteuer zu Fall

zu bringen. Man redete und schrieb von „Zerrüttung der Familienbande“ und gottweiß alles. Eine Hetze wurde entfacht, die fast unglaublich erscheint. Die Agitatoren des Bundes der Landwirte überzogen die Dörfer und redeten den Bauern ein, daß ihre Kinder, wenn sie nach Ableben des Vaters das Besitztum antreten, durch diese Erbschaftssteuern gradezu enterbt würden. Wohlgermerkt: Man hat einfach verschwiegen, daß bis zu 20000 Mark überhaupt keine Steuern zu entrichten sind, und nur von 20000 bis 30000 Mark ganze lumpige 100 bis 150 Mark! So also hat man das Landvolk dagegen wild gemacht — im Interesse der wirklich Reichen, die ja natürlich erheblich mehr, und mit vollem Recht mehr, zahlen sollten. Da kam dann schließlich vor 14 Tagen die Generalversammlung des „Bundes der Landwirte“ in Berlin, wo die Hetze bis zum Siedepunkt stieg. Am Tage nach diesem Hexensabbat trat die „Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer“, eine Organisation von „Besitz und Bildung“ zusammen, die ebenfalls zur Nachlaßsteuerfrage Stellung nahm. Ein Königsberger Professor Gerlach hielt dazu das Referat. Auch hier kam natürlich ausschließlich der Interessensstandpunkt der Besitzenden und besonders des agrarischen Großgrundbesitzes zum Ausdruck. Ein einziger Teilnehmer dieser Vereinigung, der (ebenfalls konservative) greise Berliner Professor Adolf Wagner, wagte es, für die Berechtigung und Notwendigkeit der Nachlaßsteuer seine Stimme zu erheben. Was Professor Wagner dazu sagte und wie er dafür von seinen Freunden behandelt wurde, ist von so großem Interesse, beleuchtet die Demagogen von Besitz und Bildung so herrlich, daß wir uns nicht versagen können, diese Rede mit den Ausfällen der „Gebildeten“ hier wiederzugeben; damit lernen unsere Leser ein gutes Beispiel vom Patriotismus der Besitzenden kennen.

Geheimer Rat Professor Adolf Wagner: „Ich sage ganz keck heraus, die Nachlaß- und Erbschaftssteuer halte ich für notwendig, da wir keine bessern direkten Steuern im Deutschen Reiche erhalten können. (Lebhafter Widerspruch.) Eine bessere Steuer wäre eine direkte Einkommen- und Vermögenssteuer, aber die können wir aus den bekannten Gründen nicht einführen. In dem Gerlachschen Vortrag habe ich etwas vermißt, er hat immer nur mit den bestehenden indirekten Steuern gerechnet und nicht mit den neuen indirekten Steuern, die kommen sollen. Hätte er das

getan, würde er abermals eine starke Belastung der Massen haben konstatieren müssen. Darüber ging er aber hinweg. Er sagte, es wäre eine Frage, daß die indirekten Verbrauchssteuern die Massen belasten. In der Tat aber wird relativ die Masse der Bevölkerung viel schwerer getroffen als die wohlhabenden Klassen. (Lebhafter Widerspruch.) Darüber kann wohl kein Zweifel sein. Die unentbehrlichen und notwendigen Agrarzölle haben auch bei uns im Durchschnitt zur Erhöhung der Preise geführt, und diese Erhöhung machte sich wieder bei den Massen fühlbar. (Widerspruch.) Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß, wenn wir auf das Einkommen des kleinen und mittleren Mannes die indirekten Verbrauchssteuern abrechnen, wir relative eine viel höhere Summe bekommen, als bei den Wohlhabenden und Reichen. (Stürmischer Widerspruch.) Es ist sehr schwer, genau zu berechnen, wie die Zölle und Verbrauchssteuern wirken. Aber sicher bleibt im großen und ganzen eine Verteuerung der betreffenden Gegenstände übrig. Dazu trägt der kleine Mann im Verhältnis mit seinem Einkommen viel mehr bei. (Lebhafter Widerspruch.) Wir müssen hinzufügen, daß wir uns nicht darauf beschränken dürfen, bloß das äußere Einkommen zu berechnen, wir müssen sagen, die Steuer soll sich richten nach dem, was nach Abzug der notwendigen Ausgaben frei bleibt. Was ist es aber, was bei dem kleinen Mann als freies Einkommen übrig bleibt? Es bleibt ihm für bessere materielle oder geistige Genüsse überhaupt nichts übrig. (Stürmischer Widerspruch, Ohorufe, Zuruf: 5 Glas Bier täglich!) Wir müssen doch daran denken, daß in Deutschland Hunderttausende von Menschen ein Einkommen von unter 900 Mark haben, das steuerfrei bleiben muß. (Zuruf: ungerechterweise!) Es fragt sich, ob es ungerechterweise ist. Was bleibt aber nach Abzug der notwendigen Genußmittel beim kleinen Mann übrig, während die wohlhabenden Kreise ein viel größeres freies Einkommen haben. (Stürmischer Widerspruch.) Die Hälfte bleibt den Wohlhabenden für Luxus Zwecke übrig, während der kleine Mann nichts hat. (Erneuter stürmischer Widerspruch.)

Dieser Gesichtspunkt hat nun glücklicherweise auch in Regierungskreisen Anerkennung gefunden. (Zuruf: Leider, leider!) Die Regierung steht auf dem richtigen Standpunkt, und ich bin ein Mann der Theorie und Wissenschaft. (Stürmisches Hohngelächter.) Lachen Sie nicht darüber! Die Theorien, die Sie verfechten, sind auf Ihre eignen kleinen Ansichten zugeschnitten. (Erneuter stürmischer Widerspruch.) Sie sind nicht zugeschnitten nach dem, was die Wissenschaft will. (Gelächter.) Das ist sicher, daß der Plan der Regierung, nicht wieder auf indirekte Verbrauchssteuern alles zu legen, ein gerechter und zweckmäßiger Plan ist. Warum wählt man die Erbschafts- und Nachlaßsteuer? Weil man sich sagt, daß die Matrikularbeiträge nicht erhöht werden können. Direkte Steuern im Reich

können wir sonst nicht einführen, und es bleibt keine andre Steuer übrig. (Zuruf: Luxussteuer!) Mit der Luxussteuer werden Sie nichts erreichen, außerdem wird sie nichts einbringen. (Zuruf: Kohle, Kohle!) Wenn Sie die Kohle besteuern, werden Sie auch nicht den eigentlichen Besitz als solchen treffen, der getroffen werden soll. (Stürmischer Widerspruch.)

Was gegen die Erbschaftssteuer eingewendet werden sollte, halte ich nicht für richtig. Ich habe das seit langen Jahren als Mann der Wissenschaft vertreten. (Lachen.) Ich glaube, die große Mehrheit meiner theoretischen Fachgenossen für mich zu haben. (Stürmisches Hohngelächter.) Darauf legen Sie keinen Wert, das weiß ich, ich berufe mich aber auf die Praxis. Welche Staaten haben die Erbschaftssteuer eingeführt? England, das die höchste Einkommensteuer hat. (Zuruf: Aber es hat keine Vermögenssteuer!) Nun, die Erbschaftssteuern bringen in England allein 400 Millionen. In Frankreich sehen Sie denselben egoistischen Kampf der Besitzenden gegen die Besteuerung des Besitzes. (Stürmische Ohorufe.) Vorzugsweise lehnt sich dort die Bourgeoisie dagegen auf. Außerdem hat Frankreich andre Steuern, die kolossal wirken. Und gehen Sie nach Österreich, da haben Sie eine neue Einkommensteuer und die Erbschaftssteuer. Die hier vorgebrachten Einwendungen führte man auch dort an, trotzdem wurde die Erbschaftssteuer angenommen. (Leider!) Was Professor Gerlach aus dem Aufsatz Harnacks verlas, halte ich für völlig berechtigt. (Stürmischer Widerspruch.) Ich wage zu sagen, daß die Regierungsvorlage das Richtige trifft. Das Erbrecht steht anders da, als das gewöhnliche Privateigentumsrecht. (Widerspruch.) Es ist nicht so ohne weiteres nach der geschichtlichen Entwicklung eine reine Konsequenz, es ist in der Tat eine besondere Schöpfung der Rechtsbildung, und dieser Rechtsbildung wird der Schutz des Staates erteilt. Man sagt, die Deszendenten und Abkömmlinge sollten nicht besteuert werden. Ich will zugestehen, daß bei Ehegatten die Sache schwierig liegt. (Schlußrufe.) Bei Deszendenten kann aber zugestanden werden, daß auch die Kinder vom Erbe etwas zahlen müssen. (Lebhafter Widerspruch.) Wenn das vollends ein solches Minimum ausmacht, wie jetzt die Regierung will, dann fallen auch die praktischen Einwände fort. (Widerspruch.) Es wurde nicht erwähnt, daß die Nachlaßsteuer erst von 20000 Mark an erhoben wird, daß der größte Teil des bäuerlichen Kleinbesitzes steuerfrei bleibt und daß bei 20000 Mark 100 Mark gezahlt werden sollen und in ein paar Raten. Da kann man doch nicht sagen, daß der Familiensinn gestört wird, daß der Sohn nun nicht mehr erben will. Das sind Phrasen, mit denen man alles widerlegen könnte. (Widerspruch.) Man sagte, die Nachlaßsteuer widerstrebe dem deutschen Gemüt; nennen Sie mir eine Steuer, die nicht dem deutschen Gemüt widerstrebt. (Vereinzelt Sehr richtig! und stürmischer Widerspruch.) Wir brauchen Geld. (Schlußrufe.) Wegen dieser

Bagatelle dürfen Sie die Finanzreform nicht gefährden. Die Möglichkeit der Erhöhung der Nachlaßsteuer ist ja da, aber die besteht auch bei der Einkommensteuer. Bei der Nachlaßsteuer wurden auch wesentliche Konzessionen an die Landwirtschaft gemacht, dadurch werden die Einwände noch kleiner. Ich hoffe, daß die Regierung festbleibt. (Damit wird sie kein Glück haben!) Dann sage ich Ihnen, daß Sie glücklicherweise die Entscheidung nicht allein zu treffen haben, da reden andre mit. (Stürmischer Widerspruch.) Die Gesamtinteressen müssen berücksichtigt werden, und jeder muß nachgeben.

Man sagte, das mobile Kapital wird sich drücken. Nun, da haben wir die Kontrolle durch die Einkommensteuer. (Widerspruch.) Man sollte außerdem die Steuerhinterziehung nicht nur mit Geld, sondern auch mit Gefängnis bestrafen. (Sehr richtig!) Wenn der kleine Mann immer sagt, Ihr besteuert mein Salz, mein Bier, meinen Brantwein, das bißchen Kaffee und Zucker, alles, was ich genieße, und wenn Ihr nur auch einmal etwas bezahlen sollt, dann erklärt Ihr ein rundes Nein, was soll ich ihnen da erwidern? (Stürmisches Gelächter.) Es ist kein Ruhm für das preußische Herrenhaus, daß es seinerzeit bei der Miquel'schen Steuerreform 4 Prozent Einkommensteuer von 100000 Mark ab lehnte; da konnten die kleinen Leute sagen, das tut Ihr in Konsequenz Eures Patriotismus. (Große Unruhe.) Sobald Ihr ernstlich zahlen sollt, kommt Ihr mit Einwendungen. So kann es nicht weitergehen. Ich habe meinen Standpunkt vertreten; wenn Sie darauf nicht mehr Wert legen, als Sie sonst zu tun pflegen bei einem Mann der Wissenschaft. (Große Unruhe, in der die nachfolgenden Worte des Redners verloren gehen.) Aber ich habe meine Pflicht getan, ich stehe hier und ich kann nicht anders. Ich halte die Nachlaßsteuer für gut und richtig, wir brauchen direkte Steuern für die wohlhabenden Klassen. (Erneute Schlußrufe.) Wenn wir die Finanzreform wollen, die politisch und sozial richtig durchgeführt ist, dann können wir von einer direkten Besitzsteuer nicht absehen. Deshalb möchte ich Sie bitten, die Nachlaß- und Erbschaftssteuer nicht unbedingt abzulehnen. Sie haben keine andre Steuer. (Stürmische Ohorufe; Zuruf: Verbrauchssteuern.) Sie können nicht von neuem alles auf die Verbrauchssteuern abwälzen. Direkte Steuern müssen geschaffen werden, deshalb hoffe und wünsche ich, daß die Nachlaß- und Erbschaftssteuer eingeführt werde. (Stürmische Widersprüche, Zischen, vereinzelter Beifall.)

Professor Adolf Wagner ist ein stockkonservativer Mann, der stets für die agrarische Schutzzollpolitik eingetreten ist und jederzeit den monarchischen und feudalpatriarchalischen Gedanken verfochten hat. Wenn er hier seine

Feuilleton.

Weißer Sklaven.

Der wirtschaftliche Niederschlag in den Vereinigten Staaten hat als befremdliche Begleiterscheinung den Sklavenhandel in veränderter Form wieder aufleben lassen, da die der bitteren Not verfallenen Arbeitslosen als letzte Zuflucht immer häufiger zu dem verzweifelten Mittel greifen, sich als Sklaven zu verkaufen. So wird jetzt, wie der Berliner Volkszeitung berichtet wird, ein „Menschenfreund“ und Mitglied der Stadtverwaltung von Brooklyn, namens Loughlin, in öffentlicher Substation Menschenware meistbietend versteigern. Herrn Loughlin war es vor kurzem gelungen, einen Weißen zu gutem Preis an den Mann zu bringen, ein Erfolg, der das Heer der Arbeitslosen mobil gemacht und dem Erneuerer des Sklavenmarktes so zahlreiche Anerbietungen eingetragen hat, daß er sich genötigt sah, das Geschäft zu organisieren und über die auf Lager befindliche Menschenware Kataloge drucken zu lassen. Die weißen Sklaven figurieren in dem Katalog allerdings nicht unter ihrem Namen. Ein Mensch, der sich verkauft, hat kein Recht mehr auf seinen Namen, er ist eine Sache geworden und wird als solche mit einer Nummer bezeichnet. So liest man unter Nummer 1 des Katalogs die Angabe: Mechaniker von mächtigem Körperbau, Stiernacken, hellen Augen. Als Nummer 2 wird ein „junger Bauer von kleiner, gedrungener Figur, aber ungewöhnlicher Körperkraft“, als Nummer 3 „ein Kammermädchen von großer Figur“ empfohlen. Die im Katalog figurierenden Nummern präsentieren sich öffentlich mit schwarzer

Maske. Das amerikanische Gesetz verbietet wohl den Sklavenhandel als solchen, ist aber denen gegenüber, die sich, durch Hunger getrieben, freiwillig zum Kauf bieten, machtlos. Die Zahl der sozusagen am Markt befindlichen weißen Sklaven beträgt bereits 300. Der seltsame Handel zeitigt begreiflicherweise auch eine seltsame Geschäftspraxis, die erneut bestätigt, daß Hunger und Liebe die ruhenden Pole in der Erscheinungen Flucht bilden. So erhielt Herr Loughlin von einer Frau aus Texas folgenden Antrag: „Ich bin Witwe, 35 Jahre alt und darf als hübsch gelten. Ich besitze ein Haus und ansehnliches Vermögen; was mir fehlt, ist ein Mann. Ich wünsche ihn schön und stattlich. Suchen Sie, bitte, einen solchen für mich.“ Und ein junger Schlosser schreibt: „Ich möchte an eine Frau verkauft werden. Wenn sie schön ist, verspreche ich, auf den Tabak, den Alkohol und das Fluchen zu verzichten. Sollte ich keinen Käufer finden, so muß ich mich beim Militär anwerben lassen, was mir als das größte aller Übel erscheint.“

Eine große Familienhaus-Kolonie für Arbeiter

wird demnächst in Nürnbergs Umgebung entstehen. Durch die „praktische Arbeit“ von Sozialdemokraten wurde im September eine Gartenstadt-Gesellschaft (E. G. m. b. H.) gegründet. Um es nicht als Parteiunternehmen erscheinen zu lassen, wurden auch bürgerliche Sozialpolitiker zur Mitarbeit herangezogen. Als vorläufiges Ziel ist gesteckt die Erbauung von etwa 1800—2000 Einfamilienhäusern auf der Grundlage des gemeinsamen Eigentums.

Der bayrische Finanzminister gab einer Abordnung der Gartenbaugesellschaft die Versicherung, das nötige Bauland aus dem Nürnberg umgebenden Staatswald abzutreten. Sollte der von amtlichen Schätzern festgestellte Preis der Grundstücke für die Ermöglichung des Baues von Einfamilienhäuschen zu hoch sein, so will der Finanzminister für die billigere Abgabe von Staatswald die Genehmigung des Landtags einholen. Um aber zur Steuerung der Wohnungsnot und der Arbeitslosigkeit sofort mit den Arbeiten für die Gartenstadt beginnen zu können, hat sich der Finanzminister bereit erklärt, einen Teil der in Betracht kommenden Grundstücke zu einem entsprechenden Preis sofort abzutreten und dafür die nachträgliche Genehmigung des Landtags einzuholen.

Das nötige Baugeld zu einem niederen Zinsfuß soll von der Stadt, von der Versicherungsanstalt und von andern Körperschaften, die an schönen, gesunden und billigen Arbeiterwohnungen interessiert sind, erbeten werden. Wohl sicherte der bayerische Minister des Innern die Beilehnung des bedeutenden Unternehmens zu, wenn es nicht in aus der bayerischen Landeskulturrentenanstalt zu. Diese Mittel sollen aus bestimmten Gründen nur für die zweite Hypothek in Anspruch genommen werden. Auch der bayerische Verkehrsminister bringt dem Unternehmen sehr großes Interesse entgegen. Er wird die Bediensteten und Beamten der Verkehrsanstalten veranlassen, keine eigenen Baugenossenschaften mehr zu gründen, sondern sich dieser Gartenstadtgesellschaft anzuschließen, wodurch die gesellschaftliche Absonderung der Staatsdiener verhindert werde. Die Staatsgelder für staatliche Arbeiterwohnungen fallen unter ent-

warnende Stimme erhebt, so treibt ihn ohne Zweifel die Sorge um Früchte, die die Drachensaat der agrarischen Verhetzung einst bringen wird. Was aber scheren sich darum die Agrar-Demagogen. Und was schert sie die sonst von ihnen so hochgeachtete Autorität des greisen Gelehrten, wenn dieser Gelehrte nicht einfach in ihr Horn stößt. —

Auch den „Verband der Handelsgärtner Deutschlands“ hat der „Bund der Landwirte“, wie wir schon meldeten, vor seinen Karren zu spannen verstanden. Knuten-Oertel wird hier eben so „patriotisch“ verhetzend geredet haben wie im Zirkus Busch. — Die „Patrioten“ des Besitzes verstehen ihr Geschäft. Ihr Patriotismus findet seine Grenze am Geldbeutel.

Brief aus Holland.

(Über die holländischen Gärtnerorganisations-Verhältnisse.)

„Endlich, endlich“ wird wohl der Hauptvorstand des A. D. G. V. gesagt haben, als er diesen Brief erhielt. Aber: „Was lange währt, wird endlich gut“.

Im Januar vorigen Jahres haben wir dem Hauptvorstand des A. D. G. V. berichtet, daß hier in Holland die „Onafhanelijke Nederlandsche Tuinlieden en Blomistenfederatie“ existiere. Kurz nach Januar nun desselben Jahres ist diese Organisation aufgehoben. Das war eine schlechte Zeit. Und doch war es gut; denn Leben war in dieser Organisation doch schon garnicht mehr vorhanden. Im Juli 1908 haben sich dann einige frühere Zweigvereine wieder zusammengefunden, und diese haben nun eine neue ländliche Organisation gegründet, die den Namen „Nederlandsche Vereeniging van Tuinbouwarbeiders“ trägt. Diese neue Organisation hat sich zu gleicher Zeit föderativ verbunden mit der „Nederlandsche Bond van Landarbeiders“. Das Organ dieser beiden Verbände erscheint seit 1. Januar 1909 unter der Leitung von zwei Redakteuren, wovon jeder die Angelegenheit seiner Organisation bearbeitet.

Das ist kurz alles, was wir in Holland voriges Jahr vollbracht haben. Es ist ein ähnliches Spiel als jenes, das sich im Jahre 1904 im A. D. G. V. vollzogen hat. (?? Red. d. Allg. D. Gtzg.) Wie es 1904 in Deutschland war, so ist es 1908 in Holland gewesen. Die Gärtner, ewig lange Zeit in Fachsimpelei versunken, wurden dieser Simpelei endlich müde und gründeten nun eine Organisation im Sinne des kämpfenden Proletariats.

Was nun in Deutschland leider noch nicht möglich ist, weil dort keine Landarbeiter-Organisation besteht, das ist glücklich in Holland geschehen: die Gärtner haben sich mit ihren Brüdern, den Landarbeitern, vereinigt und werden nun zusammen kämpfen für beider Recht.

Und nun die Erfolge. Die sind bis jetzt noch gering; aber wir fangen auch erst an. Unsr Zahl ist heute nicht groß: 600 Mann, mehr nicht. Aber umso größer ist die Zahl derer, die wir noch gewinnen müssen! Umso größer ist natürlich auch die Arbeit, die wir leisten müssen, und umso schöner ist unser Kampf. Auch wir sagen wie Ihr in Deutschland: „Arbeit adelt, Kampf stählt!“

Und so ist es auch: Unsr Arbeit, unsr Werberarbeit für die Organisation, unsr Kampf gegen das Schlechte in unserm Beruf — diese Arbeit wird uns adeln! Der Kampf gegen Dummheit und Ausbeutung wird uns stählen! So wird denn auch Holland einmal mit einrücken in den großen Ring des internationalen Landarbeiter-Proletariats. Wieder ein Land mehr, wo jetzt die gewerkschaftliche Gärtner-Organisation anfängt!

Was hat uns 1908 gebracht? Wir können zufrieden sein. Es erfreute uns, als wir in der Allgemeinen Deutschen Gärtner-Zeitung lasen: „Wir können feststellen, daß wir heute mit Österreich, der Schweiz, Frankreich, Schweden und Holland internationale Verbindungen haben.“ Das gibt uns gute Hoffnungen. Aber nun müssen wir sorgen, daß diese Verbindungen auch erhalten bleiben, und mehr noch: Wir müssen sorgen, daß wir durch diese internationalen Verbindungen unsr nationaler Organisationen stärken, daß wir durch diese Verbindungen einen bessern Einblick in die nationalen Berufsverhältnisse jedes Landes bekommen. Das können wir durch Austausch internationaler Briefe in unsrer Zeitung. In diesen Briefen können wir ausführliche Berichte geben und dadurch die verschiedenen Kampfarten in jedem Lande kennen lernen. Berichte, wie sie im vergangenen Jahre unter „Ausland“ in der Allg. D. G.-Ztg. standen, sowie das Referat, das von Jansson auf der Generalversammlung des A. D. G. V. erstattet wurde, haben wir in unsern Versammlungen vorgelesen. Jedes unsr Mitglieder hat diese Nachrichten gern gehört. Daraus ersehen wir also, daß ein derartiger Berichtsaustausch für uns agitiert und auch als Bildungsmaterial dient.

Noch vielmehr ist dies natürlich der Fall, wenn solche Briefe in der Landessprache der betreffenden Zeitung erscheinen. Das gibt der Zeitung einen bedeutend größeren Wert, wird mehr Interesse für die Organisation bringen und wirkt bildend, und das ist doch die Hauptsache. Nur durch Bildung werden wir etwas Dauerndes schaffen. Nur durch Bildung werden wir eine Truppe bewußter Mitglieder erhalten, eine feste Burg für unsr Organisation. Darum, Ihr internationalen Berufskollegen: helft auch hier mit! Und vor allem rufe ich meinen eignen Landesgenossen zu: Wo Ihr steht oder geht, schließt Euch der Gärtner-Organisation an! Ob Ihr in Holland, Deutschland, Frankreich oder sonstwo seid: Organisiert Euch! Und wenn Ihr organisiert seid, so habt Ihr eine gute Gelegenheit, die nationalen Verhältnisse kennen zu lernen. Und kennt Ihr diese genug, dann schreibt darüber einmal in unsrer Zeitung! Dann ist es für uns eine große Freude, daraus zu erkennen, daß unsr Landesgenossen auch

jenseits der Grenze an der internationalen Gärtner-Organisation arbeiten. Aber auch Ihr Kollegen andrer Nationalität, arbeitet mit an der internationalen Korrespondenz! Dies wird ein neuer Sieg sein für die großen Gedanken des kämpfenden Proletariats, ein neuer Sieg gegen den internationalen Kapitalismus. Nichts gibt es, was der Kapitalismus so sehr fürchtet, als daß sich die Arbeiter der verschiedenen Nationen vereinigen, vereinigen gegen die Profitgier und die Ausbeutung. So werden auch wir beitragen, daß einst die Zeit kommt: „Wo sich von Land zu Land, in allen Reichen, die Proletarier die Hände reichen!“ H. Klein, Amsterdam.

Gründung eines Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter Deutschlands!

Am 21. und 22. Februar fand in Berlin im Gewerkschaftshause eine Konferenz statt, in welcher die seit langem vorbereitete Gründung eines Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter Deutschlands beschlossen wurde. Die Organisation der Landarbeiter oblag bisher dem Verbands der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter (Sitz Hannover). Schon seit 1902 ergingen Anregungen aus einzelnen Bezirken zur Gründung einer selbständigen Landarbeiterorganisation. Der Fabrikarbeiterverband hielt indes an seiner Zuständigkeit für diese Arbeiterkategorie fest. Erst der Münchener Verbandstag dieses Verbandes beschloß, auf sie zugunsten einer selbständigen Landarbeiterorganisation zu verzichten unter der Voraussetzung, daß die der Gewerbeordnung unterstehenden Arbeiter von dem neuen Verbands nicht erfaßt, sondern dem Fabrikarbeiterverbande verbleiben würden. Nachdem nunmehr die Bahn für eine neue Landarbeiterorganisation frei war, wurden die notwendigen Schritte zur Vorbereitung der Gründung in den einzelnen Reichsgebieten unternommen, die durch die Berliner Konferenz ihren Abschluß fanden.

Die Konferenz beschloß, daß die neue Organisation, die den Namen: „Verband der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter Deutschlands“ führt, ein einheitlicher Zentralverband für das ganze Reichsgebiet sein solle, der in Gauen, Bezirke und Ortsgruppen eingeteilt wird. Für Angehörige gewisser Spezialbranchen können Sektionen errichtet werden. Die Orts- bzw. Bezirkssektionen können zu einer Reichssektion vereinigt werden.

Der Zweck des Verbandes ist die allseitige Förderung der wirtschaftlichen und geistigen Interessen seiner Mitglieder. Er soll erreicht werden durch Einwirkung auf die Gestaltung des Arbeitsvertrages, Gewährung von Rechtsschutz bei Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnis, der Arbeiterversicherung oder der Verbandstätigkeit, durch Gewährung von Kranken-, Maßregelungs- und Sterbeunterstützung, durch Errichtung kostenloser Arbeitsnachweise, obligatorische Lieferung des Verbandsorgans (das einheitlich und monatlich erschei-

sprechenden Bedingungen dann der Gartenstadtgesellschaft zu.

Daß die Einfamilienhäuschen in jeder Beziehung mustergültig werden, ist selbstverständlich. Genossenschaftliche Einrichtungen aller Art, namentlich zur rationellen Führung des Haushalts, sind geplant. Die künstlerische Leitung des Unternehmens liegt vorläufig in den Händen des Professors R. Riemerschmid in München; ein Gutachter-Ausschuß, bestehend aus namhaften Künstlern, soll ins Leben gerufen werden. Auch Wendelin Weißheimer, der Komponist verschiedener Parteitagsschöre, hat sich zur Mitgliedschaft in der Nürnberger Gartenstadt gemeldet. Er will dort seinen Wohnsitz nehmen und seine ganze Kraft dem Kunsterziehungsausschuß zur Verfügung stellen.

Eine tapfere Predigt.

In der „Kirchlichen Gegenwart“ nimmt der liberale evangelische Pastor Grethen aus Hotteln in der Provinz Hannover zur Frage des persönlichen Regiments das Wort. Hören wir, was der Geistliche zu sagen hat:

„Für einen hohen Gedanken kann ich mich toschieszen lassen, für einen hohen Menschen nicht. Wir müssen uns zunächst darauf prüfen, ob wir den Wert und die Bedeutung von Fürsten und Oberen nicht immer noch zu hoch einschätzen. Als ob sie einer Zwischenstufe zwischen Gott und den Menschen angehörten! Als ob die Untertänigkeit wie ein selbstverständliches Opfer ihnen dargebracht werden müßte! Es ist wirklich auch im religiösen Sinne eine Lebensfrage unsrer Volkes, daß wir unsr Obrigkeit auch richtig einschätzen. . . Wenn die

Kultur- und Kirchengeschichte unsrer Tage später einmal geschrieben werden sollte, wenn die kirchlichen Byzantinismen einmal richtig zusammengestellt werden, dann wird man nur eine Parallele finden: im ost- und weströmischen Kaisertum. Wieviel Kopschütteln erregen ferner die oft sich häufenden kirchlichen Fürbitten und Danksagungen für fürstliche Persönlichkeiten, die der breiten Volksschicht kaum dem Namen nach bekannt sind! Sind das nur Äußerungen vaterlandloser Gesinnung, wenn der simple Christ in der Kirche nicht hören will, welche Fürstlichkeit einmal wieder mit Hoffnungen gesegnet ist?

Mit der Schule ist's noch schlimmer. Hier ist der Geschichtsunterricht der Tummelplatz völlig ungeschichtlicher Träumereien. Pseudopatriotismus und Romantik, Devotion und Personenkultus sind da beliebt. Daß nur ja keine von den vielen Helden gestalten, keines von den weltbewegenden Ereignissen, keine von den vielen Handlangern dem Gedächtnis der Nachwelt verloren geht.

. . . Und endlich die weitere Öffentlichkeit. Wie viele haben gemurrt über den Hurratriotismus, über die superlativen Reden, über die Feste und Feiertage bei allen möglichen Gelegenheiten, über die Denkmalsseuche, den dekorativen Überfluß und die geschwundene Sparsamkeit. Ist das nicht auch eine Fremdherrschaft, wenn uns Leute regieren, mit denen man sich nicht mehr versteht? Was haben wir denn gewonnen mit all den Siegen über auswärtige Feinde, wenn uns daheim die Freiheit, die oft erkämpfte, beschnitten wird? Vaterlandsliebe und Religion gehören allerdings eng zusammen. Aber Religion und Dynastenverehrung gehören nicht

zusammen. Nirgends ist die christliche Religion tiefer gesunken als in Byzanz, und grade damals, als man dort die glänzendsten Kirchen baute.

. . . Das Volk (?) ist krank, da liegt ja grade der Schaden. Das Volk hat die Feste gefeiert und hurraschreiende Spalieri gebildet. Das Volk hat es in seiner Zeitung lesen wollen, wieviel Böcke die hohen Herrschaften bei jeder Jagd geschossen haben. Das Volk macht die Gesetze, die liberal aussehen und immer wieder neue Schrauben zu den alten ansetzen. Und die, die Lehrer und Berater des Volkes sein sollten, haben geschwiegen oder mitgemacht. Wer aber den Mund aufat, ward politisch geächtet von den Freien und Frommen, wie sie das Volk so gern nennt.“

„Deshalb,“ so betont Grethen zum Schluß, „heißt es aufpassen für die, die frei und ungehindert ihre Meinung sagen können. Lassen müssen wir vieles, jahrelang keine Feste feiern mit dem üblichen Geschrei, jahrelang keine Ehrenporten bauen, jahrelang keine Denkmäler setzen, weder den Großen noch den Kleinen, jahrelang keine Groschen geben zu den bekannten Zwecken. Wir haben genug von den Dingen im deutschen Vaterlande. Und wenn die Beschäftigungsräte kommen, mißtrauisch sein bis in die tiefste Seele.“

Dem ehrlichen Bekenntnis fehlt nur noch der soziale Schluß: die Ausbeuter und ihre Ausbeutergenossen haben sich im Wohlleben so tief erniedrigt. Das ausgebeutete und arbeitende Volk und seine politische, wie gewerkschaftliche Organisation sind längst weit abgerückt und mit tiefstem Klassenmißtrauen erfüllt gegen die feige Liebedienerei der bürgerlichen K्ला sen.

Dritte Konferenz des I. Agitations-Bezirks.

Abgehalten am Sonntag, den 7. Februar 1909 im Gewerkschaftshause in Hamburg.

Tagesordnung: I. Geschäfts- und Tätigkeitsbericht (Koll. Busch). II. Die Bedeutung und der Ausbau unsrer Arbeitsnachweise, (Koll. Busch). III. Die Bedeutung der Gewerkschaftskartelle für uns, und unsre finanzielle Beteiligung an dem Bau von Gewerkschaftshäusern (Koll. Kummer). IV. Unsrer Taktik bei Lohnbewegungen 1909, (Koll. Kunze). V. Agitation, mit besonderer Berücksichtigung der städtischen, Privat- und Gutsgärtnereien, der Baumschulen und Lokalvereine (Koll. Busch). VI. Anträge und Verschiedenes. Vertreten sind sämtliche Zweigvereine und Zahlstellen, 21 Orte durch 22 Delegierte. Vom Hauptvorstand ist Kollege Schmidt anwesend. Der Bezirksvorstand ist vollzählig vertreten.

Den Geschäfts- und Tätigkeitsbericht gibt Koll. Busch. Dem Bericht ist folgendes zu entnehmen: Der Bezirk umfaßt 11 selbständige Zweigvereine.

Am 1. Januar 1908 wurde der frühere Zweigverein Blankenese der Ortsverwaltung Hamburg angeschlossen, die Zweigvereine Braunschweig und Hannover durch Aufteilung des 3. Agitationsbezirks dem 1. Bezirk zugeteilt. Neu gegründet wurde eine Zahlstelle in Hildesheim, welche als Bezirk der Ortsverwaltung Hannover angehört. Der Bezirksvorstand wurde für Agitation bei 34 Versammlungen in Anspruch genommen, in 21 davon wurden Kollegen vom Vorstand entsandt, in 13 Versammlungen Kollegen von andern Zweigvereinen. In Streik- und Lohnbewegungsangelegenheiten mußten vom Vorstand 16 mal Kollegen entsandt werden. Für den 6. Bezirk wurden zwei Versammlungen abgehalten. An Agitationsmaterial wurde herausgegeben: 1000 Flugblätter „Privatgärtner, wacht auf“, 5000 Flugblätter „Was wir wollen“ und ein hektographiertes Schreiben, „Winke für Agitation und Organisation“. Letzteres wurde als kleine Broschüre vom Hauptvorstand für alle Zweigvereine herausgegeben. Außerdem wurden an die Zweigvereine des Bezirks verschiedene Broschüren versandt mit der Anweisung, selbige in Sitzungen und Diskutierabenden zu behandeln und wenn möglich, hieraus Referate für die Versammlungen auszuarbeiten.

Lohnbewegungen resp. Streiks hatten wir in Lübeck, Bremen und Elmshorn. Die Lohnbewegung in Lübeck führte am 1. März zum Streik, der am 28. März 1908 erfolgreich beendet wurde, mit Ausnahme der Baumschul- und Friedhofsbetriebe. Der genaue Bericht über diese Bewegung steht in Nr. 16, Jahrgang 1908, unsrer Zeitung. In Bremen trat am 1. April die tariflich vereinbarte Erhöhung der Löhne für alle Branchen in Kraft. Der Übergang vollzog sich in aller Ruhe. Der Tarif läuft bis 1. April 1909. Im Dezember beschlossen die Bremer Kollegen, den Tarif nicht zu kündigen, und besteht selbiger also weiter bis 1. April 1910. In Elmshorn lief der dort bestehende Tarif am 15. Oktober 1908 ab. Im August beschlossen die Elmshorner Kollegen, den Tarif nicht zu kündigen. Auch hier besteht der Tarif noch weiter. Maßgebend für den Beschluß, in Elmshorn, wie auch in Bremen, war die augenblicklich schlechte Konjunktur. Zu erwähnen wäre noch, daß die Kollegen in Hannover im Herbst sich an die Arbeitgeberorganisation wandten, die Arbeitszeit im Winter auf 10 Stunden herabzusetzen, damit die Kollegen die Fortbildungsschulen besuchen könnten. Die Eingabe wurde garnicht beantwortet. Wieder ein Zeichen, daß die Arbeitgeber den Kollegen bei ihrer Fortbildung das größte Hindernis in den Weg legen.

Der Stand der Kasse ist folgender: Die Einnahme beträgt Mk. 929,81, einschließlich Kassenbestand von 1907 Mk. 115,36 und des Kassenbestandes von Mk. 115,39 vom früheren 2. Bezirk. Die Ausgabe beträgt Mk. 561,20; bleibt ein Kassenbestand von Mk. 368,61. Der Markenumsatz in den gesamten Zweigvereinen (einschließlich der am 1. I. 08 neu hinzugekommenen) stieg im Jahre 1907 um 11635, im Jahre 1908 um 7178. Ingesamt um 35118 auf 53931. Die Mitgliederzahl 1907 um 275, 1908 um 133. Ingesamt von 881 auf 1289. Die Kassenbestände der Zweigvereine von Mk. 1754,38 auf Mk. 6098,57. Ingesamt sind in den Zweigvereinsorten rund 3000 Arbeitnehmer gezählt, es bleibt also noch recht viel Arbeit zu leisten. Öffentliche Versammlungen fanden im Bezirk 21 statt, Mitgliederversammlungen 378, fachliche Vorträge wurden gehalten 48, wirtschaftliche Vorträge 126, Vorlesungen 42, 12 außerberufliche Referenten wurden benötigt. Ver-

heiratete Mitglieder sind 243 vorhanden und 159 ungelernete Arbeiter als Mitglieder. Den Gewerkschaftskartellen gehören die Zweigvereine und Zahlstellen mit einer Ausnahme an. Eine Übersicht über die Beiträge an die Kartelle, wie auch die finanzielle Beteiligung einzelner Vereine an dem Bau von Gewerkschaftshäusern, zeigt, daß einzelne Vereine ziemlich schwer belastet sind. Bei den Lokalvereinen, auf die sich vielfach die Unternehmer stützen, geht deren Streben dahin, sie zu „gelben“ Organisationen zu machen, nachdem die Hoffnungen, welche auf die „Christlichen“ gesetzt wurden, gescheitert sind. Die Agitation in unserm Beruf ist ungleich schwerer, als in allen andern Berufen. Aus den Großstädten verschwinden die Gärtnereien naturgemäß immer mehr, sie siedeln sich in den Vororten und Dörfern der Umgebung an. Dadurch wird das Zusammentreffen der Gehilfen an einer Stelle sehr erschwert. Dann haben wir fast ausschließlich mit Klein- (richtiger Zwerg-) Betrieben zu rechnen. Es ist anzunehmen, daß die Zahl der Arbeitgeber und Arbeitnehmer garnicht soviel voneinander abweicht. In Thalackers Adreßbuch sind für Bremen 220, Hamburg 893, Kiel 96, Flensburg 54, Hannover 190, Rostock 40 und für ganz Mecklenburg 358 gewerbliche Betriebe angegeben. Hinzu kommen noch die Privat- und die städtischen Betriebe. Welch schwierige Arbeit ist es, hier eine machtvolle Organisation aufzubauen! Es ist uns dies aber schon an vielen Orten gelungen, und arbeiten wir mit Zuversicht. —

Die ausgiebige Debatte dreht sich hauptsächlich um die Sicherstellung der örtlichen Kassenbestände. Allgemein wurde empfohlen, sie der Hauptverwaltung zur Verwaltung zu überweisen, wo sie am sichersten aufgehoben seien. Gegen die Geschäftsführung der Bezirksleitung wurden Einwendungen nicht erhoben. Ein Antrag Kiel: „Die Beschlüsse der Konferenz den Zweigvereinen schriftlich zuzustellen“, wird dem Vorstände überwiesen. Ein Antrag Bremen: „Das Protokoll der Konferenz unparteiisch abzufassen“, wird dahin erledigt, daß vom Vorstand erklärt wird, in dem Bericht unsrer Zeitung nur die Beschlüsse der Konferenz wiederzugeben.

Wegen vorgereckter Zeit wird beschlossen, Punkt 2 (Ausbau der Arbeitsnachweise) und Punkt 5 (Agitation) zusammenzuziehen. Kollege Busch referiert. Redner legte dar, daß zwar nach wie vor die Gewinnung der in gewerblichen Betrieben tätigen Kollegen die wichtigste Aufgabe sei, daß aber nebenher auch die Aufklärung der in städtischen und privaten Betrieben aller Art Beschäftigten nicht außeracht gelassen werden dürfe. Die Kollegen müssen zu der Überzeugung kommen, daß die Organisation etwas für sie leistet. Eine bestimmte Agitationsweise läßt sich nicht festsetzen. Besprechungen müssen ohne Etikette der Organisation veranlaßt werden. In der Privat- und Gutsgärtnerei sind längere ausführliche Flugblätter besser, da diese Kollegen oft wenig Material zum Lesen haben. Die Adressen der Privat- und Gutsgärtner müssen gesammelt und aufbewahrt werden. Die Agitation ist in den Privatgärtnereien wohl schwierig, aber hier muß immer wieder angefaßt werden. In den Baumschulen muß wieder planmäßig vorgegangen werden. Hier sind öffentliche Versammlungen noch öfter notwendig, um Leben zu schaffen. Es darf nicht immer heißen: „Die Leute sind für uns nicht zu gewinnen“, sondern zu geeigneter Zeit muß die Agitation in den verschiedenen Branchen immer wieder in Angriff genommen werden, bis sie von Erfolg gekrönt ist.

In der Diskussion werden eine Reihe Wünsche und Beschwerden vorgebracht und ausführlich erörtert. Zu diesem Punkt werden folgende Anträge erledigt:

Antrag Kiel: Alljährlich Artikel für die Tageszeitungen herauszugeben, zur Bekämpfung der Lehrlingszüchtereier. Hierzu erklärt Kollege Schmidt-Berlin, daß der Hauptvorstand für den Zweck Artikel zur Verfügung stellt. Die Kollegen mögen nur Adressen von Zeitungen, die diese evtl. aufnehmen, einsenden. Damit ist der Antrag erledigt.

Ein weiterer Antrag Kiel: „Den Hauptvorstand zu ersuchen, Formulare herzustellen, zwecks Mahnung säumiger Beitragszahler“ wird abgelehnt. Ein Antrag Braunschweig: „In Agitation mehr von Hannover aus unterstützt zu werden“, wird durch die Erklärung des Vorstandes erledigt, daß die Unterstützungen stets in ausreichendem Maße veranlaßt werden. Zwei Anträge des Zweigvereins Bremen, wovon der eine besagt, daß der Vorstand 1/3jährlich einen Tätigkeits- und Kassenbericht herausgeben soll, der zweite, „monatlich ein Korrespondenzblatt herauszugeben“, werden dem Vorstände überwiesen mit der Anweisung, 1/3jährlich ein Korrespondenzblatt herauszugeben. Ein Antrag Rostock: „Ein Zirkular an die Zweigvereinsvor-

stände zu richten, welches zweckmäßig Anleitungen gibt zur Aufstellung der Versammlungs-Tagesordnungen“, wird ebenfalls mit dem Korrespondenzblatt erledigt werden.

Es werden die noch nicht erledigten Anträge beraten. Die Anträge des Zweigvereins Hannover: 1. Ein Merkblatt über wichtige Bestimmungen des Statuts herauszugeben zum Einheften in das Mitgliedsbuch und Karte; 2. Verwirklichung der von der 8. Generalversammlung, unter Nr. 13 des Protokolls, angenommenen Resolution (betreffend Gewerkschaftsschule), werden dem Hauptvorstande überwiesen.

Ein weiterer Antrag, „den Beitrag zum Bezirk von 2 auf 1 Pfg. für den Zweigverein Hannover herabzusetzen“, wird abgelehnt. Der Antrag Bremen, Diäten und Fahrgeld 3. Klasse für die Delegierten zur Konferenz aus der Bezirkskasse zu leisten, wird ebenfalls abgelehnt. Es bleibt also beim alten, daß die Bezirkskasse das Fahrgeld trägt, die Diäten aber der delegierende Zweigverein bezahlt. Ein weiterer Antrag Bremen: „Die nächste Konferenz in Bremen abzuhalten, wird wegen der zu hohen Kosten abgelehnt. Selbige findet also wieder in Hamburg statt. Ein Antrag, „Die Bezirkskonferenz alle 2 Jahre stattfinden zu lassen“, wird abgelehnt. Die Punkte 3 und 4 der Tagesordnung werden wegen vorgereckter Zeit fallen gelassen. Kollege Kummer begründet noch kurz eine Resolution des Vorstandes, welche die Bedeutung der Gewerkschaftskartelle für uns und unsre finanzielle Beteiligung an dem Bau von Gewerkschaftshäusern, behandelt. Da die Resolution bei den Delegierten wenig Gegenliebe findet, wird selbige vom Vorstand zurückgezogen. Es wird aber darauf hingewiesen, den Passus in der Resolution zu beheben, welcher besagt, daß die Kartelle bei Lohnforderungen und dergl. mehr in Anspruch genommen werden.

Mit einigen ermunternden Schlußworten an die Delegierten und mit dem Wunsche, daß die hier gefaßten Beschlüsse zum Besten der Organisation ausfallen mögen, schließt der Vorsitzende abends um 7 Uhr die Konferenz.

Paul Huhnholz, Schriftführer.

Ein Schildbürgerstücklein

wird aus Langenbielau in Schlesien berichtet. Dort bildeten arme Weber, deren Einkommen amtlich auf durchschnittlich 500 Mk. jährlich veranschlagt wird, den Hauptbestand des Konsumvereins „Selbsthilfe“. Dieser Verein ist zu 11 000 Mk. Umsatzsteuer verurteilt, das macht pro Mitglied zirka 3,30 Mk. Und was geschieht mit dem Gelde? Es ist einfach unglaublich — in bar wird es den Gewerbesteuerpflichtigen der dritten und vierten Klasse zugestellt; dies geschieht durch den Gemeindegeldverwalter, der es ihnen aushändigt mit den Worten: „Das ist die Umsatzsteuer vom Konsumverein, auf die Sie Anspruch haben!“ Wenn dies nur mit den Gewerbetreibenden geschehen würde, die durch verminderten Umsatz einen Schaden zu haben glauben, so könnte man es vielleicht noch verstehen; aber es werden auch die Gastwirte damit bedacht, denen der Konsumverein ja keine Konkurrenz machen kann, weil er keine alkoholischen Getränke führt, und damit das Maß voll werde, bekam auch der Schornsteinfeger 60 Mk. ab, der doch gewiß vom Konsumverein nichts zu befürchten hat. Nun haben aber der Obermeister der Schuhmacherei und ein Schöffe im Langenbielauer Gemeinderat doch wohl Gewissensbisse ob der Verteilung der Konsumvereinsgelder bekommen, und so beschloß denn am 22. Juli der Gemeinderat, mit den Erträgen der Umsatzsteuer die Beiträge der Handwerker zur Handwerkskammer zu bezahlen. Sie bekundeten eine wahrhaft vornehme Gesinnung, die Herren Mittelständler in Langenbielau. Überall finden sich in der Arbeiterschaft noch unzählige, die solche Leute unterstützen, anstatt als Konsumvereinsmitglieder diese Mittelständler einfach ihrem Schicksal zu überlassen. So notwendig, wie die gewerkschaftliche Organisation ist, um nicht allein zu stehen im Kampfe gegen die Unternehmer, so notwendig ist es auch, daß die Verbraucher, die Konsumenten, sich zusammenschließen, um als solche selbst mit daran zu wirken, die Arbeiterschaft auf eine höhere Kulturstufe zu bringen.

Warnung

vor der „Gärtnerischen Rundschau“ in Borsdorf-Leipzig.

Aus Hamburg wird uns mitgeteilt, daß sich in den dortigen Gärtnereien ein Agent herumtreibt, der Abonnenten für ein Blatt „Gärtnerische Rundschau“ (Erscheinungsort Borsdorf-Leipzig) einzufangen

sucht mit dem Köder der sog. „Abonnement-Versicherung gegen Unfall“. Es sollen eine ganze Anzahl von Gehilfen auf diesen Köder gebissen haben. Da dieser Unfug offenbar auch anderswo getrieben wird, machen wir die Leser unserer Zeitung darauf aufmerksam und raten ihnen, derartige Agenten in schroffster Form abzuweisen! Wir geben hier im Wortlaut wieder, was im September v. Js. ein andres in Borsdorf-L. erscheinendes Blatt über jenes „Unternehmen“ schrieb:

„In letzter Zeit werden Gärtner, Baumschulbesitzer etc. durch Prospekte, auf welchen eine hohe Versicherung angepriesen wird, zum Bezuge einer Zeitschrift „Gärtnerische Rundschau“ aufgefordert, die in Leipzig-Borsdorf erscheint.

Herausgeber ist die G. m. b. H., C. E. Tränkner, Borsdorf, Inhaber desselben sind der sich jetzt noch im Konkurs befindliche Curt Tränkner, früherer Besitzer des Gärtnerei-Anzeigers und Frau Elsa Tränkner, die erfolglos gepfändet worden ist. Gegen Tränkner schwebt augenblicklich auch wieder ein gerichtliches Verfahren wegen Betruges. Die Vergangenheit dieses Mannes ist wohl den meisten Lesern bekannt, denn die Gerichtsverhandlungen aus dem Jahre 1905 werden vielen noch in Erinnerung sein.

Wie aus vorstehendem hervorgeht, sind die Gesellschafter mittellos. Aus ihrer Mittellosigkeit läßt sich ohne weiteres auf die Vermögenslosigkeit der von ihnen gebildeten Gesellschaft schließen. Trotz alledem wird den Abonnenten der „Gärtnerischen Rundschau“ bei einem Bezugspreise von $\frac{1}{4}$ jährlich 1 Mark:

50 100 Mark	Sterbegeld sowohl für den betreffenden Abonnenten, als auch für die Gattin,
100—250 Mark	Krankengeld-Unterstützung,
1000 Mark	Versicherung bei Halbinvalidität,
3000 Mark	Versicherung bei Ganzinvalidität zugesichert.

Letztere beiden Unfallversicherungen erstrecken sich sogar auf die Ehefrau, die mit 250, bzw. 750 Mk. entschädigt werden soll.

Auf der Rückseite des Prospektes befinden sich einige Quittungen über erfolgte Auszahlungen. Die ersten beiden Quittungen im Betrage von je 100 Mk. sind Auszahlungen, die im Jahre 1904 an Abonnenten des „Gärtnerei-Anzeigers“ von Tränkner bewirkt worden sind.

Die übrigen Quittungen rühren von Abonnenten des „Praktischen Landwirts“ her. Sie betreffen eine Auszahlung von 1000 Mk. und im übrigen im ganzen die Summe von 675 Mk. Der Wert der Versicherung ergibt sich aus den vorliegenden Darlegungen. Auf alle Fälle kann nur gewarnt werden, auf die „Gärtnerische Rundschau“ um der Versicherung Willen zu abonnieren.

Dieser Warnung müssen wir uns vollinhaltlich anschließen. Genau dasselbe Reklame-Zirkular, von dem hier die Rede, ist es, womit auch in den Hamburger Gärtnereien „gearbeitet“ wurde bzw. wird.

Im besonderen wollen wir noch aufmerksam machen, daß die Bestimmungen der „Versicherungs-Police“ dermaßen verklausuliert sind, daß, selbst wenn deren Inhaber vermögend wären, die Versicherten für die Regel die Geppelten sein würden. Aber die Inhaber der Firma „Gärtnerische Rundschau“ sind sogar, wie schon bemerkt wurde, vermögenslos! Demzufolge ist das ganze Unternehmen als Schwindel zu behandeln! Zum Tore hinaus mit den Agenten der „Gärtnerischen Rundschau“! Ohne Federlesen! Und gehen sie nicht ganz schnell, dann fix noch etwas nachhelfen! Mit solchen Kunden muß man kurzen Prozeß machen!

Rundschau.

Berlin, den 2. März 1909.

Was bisher in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Rixdorf, also den wichtigsten Plätzen von „Groß-Berlin“, alles noch als Schlafstätte erlaubt gewesen ist, das erfährt man aus einer dieser Tage erschienenen Bekanntmachung bzw. einer Polizeiverordnung, die eine Abänderung der Baupolizei-Ordnung in diesen vier Orten betrifft. Es gibt in dieser Baupolizei-Ordnung nämlich einen § 37, der „zum dauernden Aufenthalt von Menschen“ unter andern folgende Räume als zulässig bezeichnet: Flure, Treppen, Korridore, Bodenräume, Badestuben, Wintergärten, Rollkammern, Speisekammern, Vorrats- und Lagerräume, Gewächshäuser (!), Kegelbahnen, Wein-, Bier- usw. Kellereien, Räume für Kessel- und Heizungsanlagen“. Also, alle diese Räume waren bisher noch als Schlafstätten erlaubt!

— in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Rixdorf! Man weiß wirklich nicht, was man dazu sagen soll. Jedenfalls hatten wir bisher solchen Zustand als außerhalb des Rahmens der Möglichkeit stehend angenommen. Wie alt diese Baupolizei-Ordnung sein mag, ist uns nicht bekannt.

Durch eine dieser Tage erlassene Polizeiverordnung sind nun die genannten Räume als Schlaf- und Wohnräume verboten worden. Nur infolge dieses Verbots haben wir von der bisherigen Zulässigkeit Kenntnis erlangt.

Wenn solche Zustände noch in der Reichshauptstadt bestehen konnten, dann wundert es uns garnicht, wenn ähnliche auch anderswo vorkommen. Und wir haben eine Erklärung dafür, daß trotz aller Veröffentlichung der schlechten Logis, die den Gehilfen, Gesellen usw. von ihren Arbeitgebern geboten werden, die Polizei nicht einschreitet. Es wäre unsers Erachtens eine dankbare Arbeit, einmal die Baupolizeiordnungen auch anderer Städte daraufhin nachzuprüfen und das damit erreichte Material zum Sturm auf solche Zustände zu benutzen und gleichfalls als Material zwecks Unterstützung der Bestrebungen zum Erlaß eines Reichs-Wohnungsgesetzes.

Die Hauptzüge des Gesetzentwurfs betreffend die Reform der Arbeiterversicherung, der demnächst veröffentlicht werden soll, sind nach dem B. T. die folgenden: Die Hinterbliebenenversicherung, deren Einführung nach dem Zollgesetz am 1. Januar 1910 in Aussicht genommen war, bildet den äußeren Anstoß zur Reform. Sie wird an die Altersversicherung angelehnt. Das Reich zahlt wie bei letzterer zu den Renten Zuschüsse und zwar zu jeder Witwenrente 50 Mark und zu jeder Waisenrente 30 Mark, wobei Vorsorge getroffen ist, daß die Rentenbezüge der Hinterbliebenen, ähnlich wie bei den Reliktengeldern der Beamten, bestimmte Höchstgrenzen nicht überschreiten. Die Hauptkosten werden durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeiter aufgebracht und von beiden je zur Hälfte getragen. Die Beiträge werden mit den Invalidenbeiträgen zusammen erhoben, sodaß hier die Marken um 30 bis 40 Prozent erhöht werden.

Was die Krankenversicherung betrifft, so soll, um die Leistungsfähigkeit der Kassen zu heben, eine ziemlich weitgehende Zentralisierung herbeigeführt werden. Künftig sollen die Beiträge je zur Hälfte von den Arbeitgebern und Arbeitern aufgebracht werden. Die hieraus den Kassen mehr (?) zufließenden nicht unbeträchtlichen Mittel würden die Durchführung von Mehrleistungen zugunsten der Arbeiter ermöglichen. Die Personenkreise der Invalidenversicherten und der Krankenversicherten sollen, soweit nur irgend möglich, in Übereinstimmung gebracht werden. Das bedeutet für die Krankenversicherung eine Ausdehnung auf Land- und forstwirtschaftliche Arbeiter, auf das Gesinde, auf Hausierer und Gelegenheitsarbeiter. Außerdem sollen die Hausgewerbetreibenden sofort in die Krankenversicherung einbezogen werden. — Geregelt werden ferner die Verhältnisse der Ärzte und Kassen zueinander, indem zwei paritätisch zusammengesetzte Schiedsinstanzen geschaffen werden woneben Spielraum für eine freie Einigungskommission gelassen ist.

Als vor kurzem im Deutschen Reichstage über das Vertragsverhältnis der landwirtschaftlichen Arbeiter und des Gesindes gesprochen wurde, erklärte der Abgeordnete Fegter, ein oldenburgischer Bauer: „Ich bin der Auffassung, daß den Landarbeitern dasselbe Recht eingeräumt werden muß, das die Industriearbeiter haben. Bei uns im Westen, wo die Landarbeiter mehr Freiheiten haben als im Osten der Junker, ist das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern viel besser. Freilich die Rechte meint, daß es zweierlei Menschen gibt: die einen zum Herrschen, die andern zum Dienen geboren. Wir weisen diese Auffassung mit Entschiedenheit zurück. Als landwirtschaftlicher Arbeitgeber kann ich erklären, daß freie aufgeklärte Arbeiter besser und damit auch billiger arbeiten als Arbeiter, die vom Knechtssinn erfüllt sind. Ich erkläre weiter, daß mir organisierte Arbeiter viel lieber sind als das hergelauene Gesindel. Es ist beschämend, daß in Preußen — das in Deutschland vorangehen soll — noch solche vorsinnlichen Zustände bestehen. Der Abg. Hufnagel hat den Schutz der landwirtschaftlichen Arbeit durch hohe Zölle mit dieser Frage in Verbindung gebracht. Aber die kleinen Bauern haben garkein Interesse an hohen Zöllen.“ — Daß die Agrarier die Worte dieses liberalen Bauern durch laute Rufe unterbrachen, ist selbstverständlich.

Durch ein besonderes Entgegenkommen vonseiten der „Krankenkasse f. d. Gärtner“ werden die sämtlichen Schüler der Kolonialschule Witzenhausen-Wilhelmshof (Bezirk Cassel) als Mit-

glieder der gen. Kasse aufgenommen mit allen daraus hervorgehenden Rechten. Das heißt: außer den Gärtnern auch die dort zahlreich als Landwirtschaftsschüler untergebrachten jungen Leute. — Nach dem Statut der Kasse ist letzteres nicht zulässig. Auch ist zu bemerken, daß der Kassenhauptvorstand sich von einer Generalversammlung zu solchem Entgegenkommen nicht hat bevollmächtigen lassen. Wir wenden uns hier nicht gegen die aus der mitgeteilten Tatsache erkenntliche Weitherzigkeit; wohl aber wollen wir dieser gegenüber eine Engherzigkeit desselben Kassenvorstandes feststellen: vor drei Jahren wurden Mitglieder, die viele Jahre lang der Kasse angehörten, aus der Kasse ausgeschlossen, weil sie „nicht mehr im Beruf tätig“ waren; sie waren nämlich Angestellte des A. D. G. V. geworden! Man ersieht aus diesen zwei Fällen, daß man so und auch anders kann. Parteilichkeit liegt aber nicht zugrunde.

Eine Gärtnerfamilie, wie sie vielleicht einzig vorkommt, ist diejenige des Gärtnereibesitzer Gustav Kugel in Finkenwalde bei Stettin. Herr Kugel feierte am 1. Januar d. Js. sein 50jähriges Gärtnerjubiläum. Vier Söhne und fünf Töchter des Jubilars waren bei der Feier zugegen, während ein Sohn fern in Südamerika weilt. Seine fünf Söhne sind sämtlich Gärtner geworden, und drei Töchter sind Inhaberinnen von Blumengeschäften. Solche Liebe und Treue zu einem Beruf verdient in der Tat, weiter bekannt zu werden. Der Vater ist als Gärtnerunternehmer im Handelsgärtnerverband organisiert. Drei Söhne gehörten seinerzeit dem A. D. G. V. an, davon war einer eine Zeitlang im Hauptvorstand, er schied dann aus, weil er sich selbständig gemacht.

Lehrlingszüchtereien. „Gärtnerlehrlinge, Söhne achtbarer Eltern, stellt ein Franz Längacker, Gartenbautechniker, Müllrose b. Frankfurt a. O.“ (Frankf. Oder-Ztg., 15. 1. 09). Zwei Gärtnerlehrlinge auf einmal sucht Richard Müller in Cönnern a. S. (Gen.-Anz., Halle a. S.). Zwei Gärtnerlehrlinge sucht ferner F. Duwe, Handelsgärtner und Obstbauschule in Wismar, Meckl. (Rost. Anz., Rostock, 23. 1. 09).

† Johann Staningk, der langjährige Redakteur und in seinen letzten Jahren Verleger des „Grundstein“ ist am 13. Februar an einem schweren Gehirnstroke gestorben. Staningk ist am 27. September 1852 zu Richtenberg in Pommern geboren. Bereits anfangs der 70er Jahre schloß er sich in Wilhelmshaven seiner Berufsorganisation an. Er war später Bevollmächtigter des Maurer- und Steinhauerbundes in Hamburg, dann Mitbegründer des Maurerfachvereins in Hamburg, Mitglied der Agitationskommission und der Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands, Mitbegründer des „Neuen Bauhandwerkers“, der nach einem sozialistengesetzlichen Verbot unter dem Namen „Grundstein“ weiter erschien. Staningk übernahm die Redaktion des „Grundstein“. Er gehörte zu den Mitbegründern des Maurerverbandes und hat diesem seine volle Kraft gewidmet, bis ihn ein schweres Siechtum befiel, dem er nun, 57 Jahre alt, erlegen ist. Die Arbeiterschaft wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Korrespondenzen.

Coblenz. In den nächsten Wochen beginnt auch in unsrer Verwaltungsstelle der große Wechsel, der so lähmend auf die Organisationsarbeit einwirkt. Kollegen, die Lust haben zum kommenden Frühjahr hier in Coblenz und Umgegend zu konditionieren, wollen sich baldigst unter Beifügung von Rückporto mit Unterzeichnetem in Verbindung setzen. Ohne Retourmarke wird keine Rückantwort erteilt. Stellennachweis und Herberge befindet sich für Kollegen, die ohne vorherige Anmeldung zureisen, vorläufig noch im Restaurant „Einhorn“, Kornpfortstr. 18. Etwa 12—15 Stellen aller Branchen dürften in den nächsten Wochen neu zu besetzen sein. An alle Kollegen, die in ihrer Stelle verbleiben, ergeht der Ruf, alle Kräfte anzuspannen, um auch den letzten organisationsfähigen Gärtner in unsre Reihen zu bringen, dann lassen sich die vielen Wünsche, die bei vielen Mitgliedern gehegt werden, bald in die Tat umsetzen. Die Begeisterung, die hier gewöhnlich in den Frühmonaten platzgreift und sich in einer rapiden Anschwellung der Mitgliederzahl äußert, sollte immer anhalten. Ein jeder auf dem Posten und die letzten Kräfte hergeben und vorwärts wird es gehen: allen Kollegen zu Nutz — allen Gegnern zum Trutz!

Chr. Vogelmann,
Vallendar a. Rh. bei Coblenz.

Düsseldorf. Stellennachweiswesen. In Moers tagte am 14. Februar eine Versammlung der Gruppe Niederrhein des V. d. H. D., die aus den Orten Asterhagen, Bockum, Calcar, Cleve,

Unsre neue Agitationsbroschüre:

„Die Lage der Herrschaftsgärtner und deren Hebung“ (48 Druckseiten) ist soeben erschienen. Wir bitten alle Kollegen um Mitteilung aller ihnen bekannten Adressen von Herrschaftsgärtnern, die nicht im Bezirk eines Zweigvereins wohnen. Die Versendung der Broschüre an diese Kollegen erfolgt alsdann direkt durch die Hauptgeschäftsstelle in Berlin.

Essenberg, Geldern, Ginderich, Krefeld, Linn, Moers, Rheinberg, Rheydt, Uerdingen, Wegberg, Wickrath und Xanten besucht war. Der Vorsitzende Fritz Esch-Wickrath gab unter Mitteilungen zuerst ein Rundschreiben des Herrn Franz Poggel-Düsseldorf bekannt. „Betreffs des in demselben gewünschten Stellennachweises kam man zum Beschluß (wir berichten hier nach dem amtlichen Protokoll in der „Rheinischen Gärtnerbörse“), einen solchen von Seiten der Gruppe nicht zu errichten, da derselbe im Falle der Not nicht funktioniere, wie Herr Dyk-Crefeld ganz besonders bewies. Die Gruppe Niederrhein hat schon zweimal solche Stellennachweise mit Zentrale in Düsseldorf und einmal in Crefeld errichtet, beidemals sind dieselben jedoch nach kurzer Zeit eingegangen. In Zeiten der Hochkonjunktur hatte man keine Gehilfen und beim Niedergange derselben konnte man dieselben nicht unterbringen. Die Ablehnung des Poggel'schen Antrages geschah einstimmig.“

Wir können diesen Beschluß nur als vernünftig bezeichnen. Die Gehilfen würden sich schön dafür bedanken, ihre Ware Arbeitskraft durch Herrn Poggel und Genossen verkaufen zu lassen; dafür sind sie selbst zünftig genug. Anständige Unternehmer können bei auskömmlichem Lohn und geregelter Arbeitszeit und anständiger Behandlung von unsern Stellennachweisen genügend tüchtige Gehilfen nachgewiesen erhalten. Die Unsinnigkeit „Poggelscher“ Stellennachweise hat sich zur Genüge in Düsseldorf gezeigt.

Als „Lehrer“ hat Herr Poggel immer noch Fiasko gemacht, als „Praktiker“ in seiner „Kunst“ und Handelsgärtnerie, Gartenarchitektur etc. etc., scheint's uns, noch mehr. Link.

Frankfurt a. M., 24. Febr. Im Treibhaus erstickt. In Hockenheim legte sich vergangene Nacht ein Gärtnergehilfe im Rausch in ein Treibhaus und schlief ein. Heute morgen wurde er tot aufgefunden. Das ärztliche Gutachten ergab, daß der Gärtner an dem Blumenduft erstickt war. (National-Zeitung.)

Kahla (S.-A.). Zu dem in Nr. 7 enthaltenen Bericht übersendet uns Herr Handelsgärtner H. Sübe eine berichtige Darstellung, die Herr S. sich noch ausdrücklich durch ein Schreiben eines seiner früheren Gehilfen, das uns mit übersandt wurde, bestätigen läßt; in letzterem heißt es: „... muß erklären, daß die Kost bei Ihnen dem Thüringerlande angemessen gut ist. Das Fensterbrett als Waschtisch benutzen ist nicht nötig, da Waschtisch und Stuhl vorhanden ist. Die Sonntagskleider habe ich auch an die Wand gehängt, konnte sie aber, wenn ich darum anhielt, mit in den Schrank hängen. Arbeitszeit im Winter von 6 bis 7, im Sommer von 5 bis 7 1/2 Uhr, je eine Stunde Mittag.“ Herr S. selbst schreibt, der für unsern Artikel in Nr. 7 in Frage kommende Gehilfe habe das Anerbieten einer Mitbenutzung des Kleiderschranks als „nicht nötig“ zurückgewiesen.

Wirklich berichtigt wird damit lediglich die erhobene Behauptung, es sei kein Waschtisch vorhanden. Alles andre dagegen wird bestätigt. Ein Kleiderschrank ist im Gehilfenzimmer nicht vorhanden, es wird nur erlaubt, daß der Gehilfe seine Sonntagskleider in einen Schrank des

Herrn S., der sich in einem der Wohnzimmer des Herrn S. befindet, zu hängen. Das ist zweifellos ein Mißstand; denn, wie Figura zeigt, macht davon niemand Gebrauch, um sich nicht der absoluten Kontrolle des Herrn S. auch außerhalb der Arbeitszeit zu unterwerfen. Ein Gehilfe, der „freies“ Logis erhält, hat auch rechtmäßigen Anspruch auf einen Kleiderschrank im Gehilfenzimmer! Und nun gar die Arbeitszeit: im Winter 12, im Sommer 13 1/2 Stunden! Da kann man allerdings begreifen, wenn Herr S. keine Organisierten haben will. Übrigens schreibt über letztbezeichneten Punkt Herr S. jetzt noch wörtlich: „Daß ich, wie viele Kollegen auch tun, vorausgesetzt habe, daß er nicht Mitglied des Verbandes sei, dürfen Sie nicht Wunder nehmen; die Erfahrung lehrt, daß viele unverständige Genossen, die Ziele, die Sie verfolgen, zu weitgehend und durch ungebührliches Verhalten zu erreichen suchen.“ Also ein ungewollt offenerherziges und wirklich „süßes“ Eingeständnis, von dem wir gern Notiz nehmen.

Allgem. Deutscher Gärtnerverein.

Berlin N. 37, Metzter Strasse 3. Fernsprecher: Amt 3, 5382
Vorsitzender: Georg Schmidt.

Bei jedem schriftlichen Verkehr ersuchen wir um deutliche Angabe der Adresse des Absenders. (Name, Ort Strasse und Hausnummer.)

Bekanntmachungen.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag, den 7. März der 10. Wochenbeitrag 1909 für die Zeit vom 7. März bis 13. März 1909 fällig ist.

Zur Beachtung! Alle Sendungen, besonders Postanweisungen, an die leitenden Personen der Organisation sind mit der persönlichen Adresse des Empfängers zu versehen. Es entstehen sonst postalische Schwierigkeiten bei der Auszahlung. Nachfolgend geben wir die wichtigsten Adressen bekannt:

Hauptvorstand: Georg Schmidt, Berlin N. 37, Metzter Straße 3.

Ausschuß, zugleich Adresse der Ortsverwaltung Dresden: Paul Maetzke, Dresden-A. 1, Ritzenbergstraße 2.

1. Agit.-Bezirk, zugleich Ortsverw. Hamburg: Josef Busch, Hamburg 36, Drehbahn 35, pt.

2. Agit.-Bezirk, zugleich Ortsverw. Düsseldorf: Hugo Link, Düsseldorf, Flingerstraße 40-42.

3. Agit.-Bezirk, zugleich Ortsverw. Frankfurt a. M.: Eugen Kaiser, Frankfurt a. M., Stoltzstraße 13/15.

4. Agit.-Bezirk, zugleich Ortsverw. München: Johann Rolke, München, Baaderstraße 80, III, 1.

5. Agit.-Bezirk, zugleich Ortsverw. Leipzig: Ludwig Haucke, Leipzig, Zeitzer Straße 32.

6. Agit.-Bezirk, zugleich Ortsverw. Groß-Berlin: Walter Kwasnik, Berlin N. 37, Metzter Straße 3.

— Wichtig! Stellenwechsel betreffend. Der § 6 der Statuten besagt unter anderem:

„Scheidet ein Mitglied wegen Wohnortswechsels rechtmäßig aus einem Zweigverein, so hat dasselbe, falls am Orte seines neuen Aufenthaltes ein Zweigverein besteht, sich demselben ohne weiteres wieder anzumelden. Ist in dem betreffenden Orte kein Zweigverein, so hat das betreffende Mitglied seine Meldekarte an die Hauptverwaltung einzusenden. Es wird dann Einzelmitglied der Hauptverwaltung und entrichtet seine Beiträge direkt bei derselben.“

Wir ersuchen die Mitglieder, dieses zu beachten. Die Vorstände der örtlichen Verwaltungen sind verpflichtet, alle abreisenden Kollegen auf diesen Passus aufmerksam zu machen! Es ist dies notwendig, da uns leider diejenigen Kollegen, die nach Orten abreisen, wo keine örtliche Verwaltung besteht, zu leicht als Mitglieder verloren gehen. Alle Geschäfte regeln dann diese Kollegen mit der Hauptverwaltung.

Da sich die Arbeitgeber oftmals um Angelegenheiten kümmern, die sie nichts angehen und den Kollegen das gesetzlich gewährleistete Recht der Vereinigung streitig machen wollen, so empfehlen wir denjenigen Kollegen, die befürchten, daß der Arbeitgeber ihre Postsendungen durchschnüffelt, sich alle Sendungen von der Hauptverwaltung entweder „postlagernd“ zustellen zu lassen oder die Adresse eines Bekannten am Orte als „Deckadresse“ anzugeben. Nur wer dauernd Mitglied bleibt, und das ist Pflicht eines jeden Kollegen, sichert sich auch seine Rechte auf Unterstützung, die ihm andernfalls verloren gehen.

— Adressenverzeichnis. Demnächst erscheint als Beiblatt zur Zeitung ein Adressenverzeichnis. Wir ersuchen die Bezirksvorstände, die wichtigsten Adressen der Vereine ihres Bezirks zusammenzustellen und an uns einzusenden. Die Ortsvorstände werden ersucht, dem Bezirksvorstand umgehend die Adresse des Vorsitzenden und Kassierers, über Arbeitsnachweis und Auszahlung der Unterstützungen, sowie Zeit und Ort der Versammlungen mitzuteilen.

In der früheren Form werden die Adressenverzeichnisse nicht mehr herausgegeben, da zu teuer.

— Die Vorstände machen wir auf die kleine Broschüre „Winke für die Agitation und Organisation“ aufmerksam. Es können noch Exemplare vom Hauptvorstand bezogen werden.

— München. Kollege Joh. Rolke wohnt jetzt: Baaderstr. 80, III, 1.

Inhaltsübersicht zu No. 10.

Patriotismus der Besitzenden. — Brief aus Holland. — Gründung eines Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter Deutschlands! — Die Kultur der amerikanischen Nelken. — Dritte Konferenz des I. Agitations-Bezirks. — Ein Schildbürgerstücken! — Warnung. — Rundschau: Allerhand erlaubte Schlafräume, jetzt in Berlin-Charlottenburg-Schöneberg-Rixdorf verboten; Reform der Arbeiterversicherung; Vertragsverhältnisse der landwirtsch. Arbeiter; Krankenkasse f. d. G.; Eine Gärtnerfamilie; Lehrlingszuchtoreien; Johann Stauigk f. — Korrespondenzen: Coblenz; Düsseldorf; Frankfurt a. M.; Kahla (S.-A.). — Allegemeiner Deutscher Gärtnerverein: Bekanntmachungen. — Feuilleton: Weiße Sklaven; Eine große Familienhaushaltskolonie für Arbeiter; Eine tapferere Predigt.

Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein,

Ortsverw. Frankfurt a. M.

3. Stiftungsfest

am Samstag, den 13. März 1909, in den Räumen des Gewerkschaftshauses, Am Schwimmbad.

Unter Mitwirkung des Arbeitergesangvereins „Sängerkreis“ und des Herrn Auerbach, Mitgl. d. städt. Schauspielhauses. Konzert, Pflanzenverlosung, Blumenpolonaise und Ball. Anfang 8 1/2 Uhr abends. Ende 5 Uhr morg. Um zahlreichen Besuch bittet
(1089) Der Vorstand.

In Tiefensee, eine Stunde von der Bahn ist ein ca. 3 Morgen großer Gemüse- u. Obstgarten nebst Wohnung passend für einen Gärtner zu verpachten eventuell mit Gutshaus zu verkaufen. Näh. Auskunft erteilt Bankdirektor Voigt, Berlin, Frankfurter Allee 119. (1086/10)

Ortsverw. Hannover, A. D. G. V.

Zu dem am Sonntag, den 14. März im Saale des Restaurant „Zum Krokodil“, Reitwallstr. 7, stattfindenden

Kappenfest

laden wir alle Kollegen von Hannover und Umgegend freundlichst ein.

I. A.: Paul Kühne, Krausenstr. 1, I. 1.

Feinste runde Steckzwiebeln

in heller, kleinster, selten schöner Ware empfiehlt für Grossisten und Gärtner lt. Muster (1085/10) Liegnitz. Heinrich Pohl.

Steckzwiebeln

kleine, runde, gelbe, 10 Pfd. (ca. 5100 Stück) Mk. 3,50 franco. Nachn. (1088/12) D. Anderman in Brody via Breslau.

S. Kunde & Sohn Dresden
Dresden-A. 38, Kipsdorferstr. 106.
— Gegründet 1787. —
Spezialfabrik für Gartenwerkzeuge.
Bekannte erste Qualität. Reelle, zuverlässige Bedienung.
Über tausend freiwillige Anerkennungen sind uns in der neuesten Zeit zugegangen.
— Hauptkatalog steht kostenlos und prompt zu Diensten!

* * Anzeigen-Teil. * *

Die viermal gespaltene Petitzeile oder deren Raum kostet 30 Pfg.

Schluß der Anzeigen-Annahme:
Dienstags früh.

Für den Anzeigenteil übernimmt die Redaktion nur die gesetzliche Verantwortung.

Gehilfen,

die gesicherte Lebensstellung und zeitgemäße, alle Zweige der Gärtnerei umfassende gründliche (1924+)

Wissenschaftliche Fach-Ausbildung erstreben, finden zum nächst. Kursus **Aufnahme** unter günstigsten Bedingungen an der Thüringischen

Gärtner-Lehranstalt Kitzritze, der stärksten besuchten höheren Fachschule für Gärtner.
I. Kursus für Gehilfen.
II. Kursus für Berechtig. z. 1. Jahr. freiwilligen Dienst.
III. Kursus f. Gartenarchitekten und Landschaftsgärtner.
IV. Kursus f. Obstbautechniker.
Prospekt u. Auskunft kostenfrei durch Direktor Dr. H. Settegast.

Chiffre-Briefe befördert die Expedition nur weiter, wenn die Einsender das Frankatur-Porto beifügen. Die Expedition.

Friedrich Fischer,
 Berlin S.O. 16, Bethanien-Ufer 8.
 Bureau u. Lager in Schreibmaschinen, Vervielfältigungsapparaten nebst deren Zubehör, Kontor- u. Schreib-Utensilien, Schnellheftern, Zeitungsmappen (Selbstbinder), Kuverts mit u. ohne Druck in allen Größen, Kopier-Einrichtungen, Heftmaschinen, Briefwagen, Geschäftsbüchern, Bureauöbeln etc. Lieferant der Hauptgeschäftsstelle d. A. D. G.-V. u. fast sämtl. Gewerkschaften, Krankenkassen usw. (912)

Wichtig für jeden Gärtner und Landwirt!

Kartoffelneuzüchtung „Express“

beste und ertragreichste, mittel-späte Kartoffelsorte, erregte durch ihren kolossalen Ertrag das Erstaunen der Fachleute.

„Express“ ist entschieden die feinste aller existierenden Kartoffelneheiten. Nach Aussage des Züchters übertrifft sie alles bisher Dagewesene. In Schottland wurden pr. Morgen (1/4 ha) 293 Ctr. große vollkommen gesunde Knollen geerntet, während eine von mir vorgenommene Probesaat von 10 Pfd. den enormen Ertrag von 6 Ctr. ergab. Im Durchschnitt trägt jeder Busch 35-40 Früchte. Das Fleisch ist gelblich-weiß, gekocht mehlig u. besitzt den bei Feinschmeckern so sehr gerühmten nußartigen Geschmack, wodurch die Markverkäufer einen schnellen Absatz und dementsprechend hohen Nutzen erzielen. „Express“ gedeiht in jedem Boden u. Klima. Überall im Aus- und Inlande, wohin ich diese Sorte geliefert habe, wurde ich von Belobigungen und Nachbestellungen überhäuft. Ich kann daher jedem Gärtner und Landwirt den Massenanbau dieser für die Landwirtschaft so wertvollen Kartoffel nicht dringend genug empfehlen.

Ich offeriere, handverlesen Saatgut:

10 Pfd. (Postkolli) 2,00 Mk., 1/4 Ctr. 3,50 Mk., 1/2 Ctr. 6 Mk., 1 Ctr. 10 Mk.

K. Bogenhardt

(1090/13) Erfurt, Samenhandlung.

Mein Gartengrundstück

mit Landwirtschaft verbunden (insgesamt ca. 50 Morgen) will ich sof. verkaufen. Dasselbe eignet sich vorz. zu einer Gärtnerei (Gemüse und Obstbau), Baumschulbetrieb od. Landwirtschaft. Reflekt. bitte mit mir i. Verbind. z. treten. Chr. Hansen, Stralsund, Bartherstr. 10a. (1093/12)

Noiendorferplatz 1

(Ecke Motzstraße)

Eckladen mit schöner Wohnung, passend zum Blumengeschäft, per 1. 4. zu vermieten. (1092)

Für 48 Mark

versende ich eine hochelegante, hocharm. Familiennähmaschine (Syst. Singer) zum Fußbetrieb, mit allen Neuerungen ausgestattet, inkl. hoch. poliert. Kasten und sämtlichem Zubehör. (1091/52)

Viele Anerkennungen.

5 Jahre Garantie.

K. Hönniger, Erfurt.

Illustriert. Katalog gratis u. franko.

Wichtig für jeden Gartenbesitzer! Wichtig für jeden Gärtner!

Nentwicks Gemüsesamen-Sortimente.

Diese Sortimente sind mit peinlichster Sorgfalt aus den geeignetsten, seit Jahren erprobten Gattungen zusammengestellt, die ein unbedingt gutes Resultat ergeben müssen. Es sind sämtliche Gemüsearten vertreten, welche für einen Gemüsegarten unentbehrlich sind. Ferner bieten meine Sortimente den Laien, welche eine geeignete Auswahl nicht treffen können, den Vorteil, daß sie nur solche Sorten erhalten, die nach ihrer früheren oder späteren Reifezeit einen laufenden Ertrag sichern.

Gemüsesamen-Sortiment No. 1, Preis 3 Mk.

enthält 24 Sorten der berühmten Erfurter Marktgemüse.

100 Kcm. Blumenkohl	20 gr. Karotten	20 gr. Rettig
10 gr. Weißkraut, früh	20 „ Möhren	20 „ Petersilie
5 „ do. spät	5 „ Sellery	200 „ Spinat
5 „ Rotkraut	100 „ Salatrüben	10 „ Gurken
10 „ Wirsing	10 „ Frühlingsalat	250 „ Kneifelerbsen
10 „ Rosenkohl	20 „ Zwiebel	250 „ Zuckererbsen
10 „ Winterkohl	10 „ Porree	250 „ Stangenbohnen
10 „ Kohlrabi	20 „ Radies	250 „ Buschbohnen

Gemüsesamen-Sortiment No. 2, Preis 5 Mk.

enthält 30 Sorten der berühmten Erfurter Marktgemüse.

200 Kcm. Blumenkohl	20 gr. Möhren	20 gr. Petersilie
15 gr. Weißkraut, früh	20 „ Scorgoner	200 „ Spinat
10 „ do. spät	5 „ Sellery	20 „ Landgurken
10 „ Rotkraut	100 „ Salatrüben	1 Port. Treibgurken
10 „ Wirsing	10 „ Frühlingsalat	1 „ Melonen
10 „ Rosenkohl	20 „ Spätsalat	1 „ Speisekürbis
10 „ Winterkohl	30 „ Zwiebeln	500 gr. Zuckererbsen
10 „ Kohlrabi	15 „ Porree	500 „ Kneifelerbsen
20 „ Kohlrüben	30 „ Radies	500 „ Stangenbohnen
20 „ Karotten	20 „ Rettig	500 „ Buschbohnen

Herr Lehrer Bartel in Hoehkirehen schreibt mir: „Habe heute Ihr Sortiment No. 2 empfangen und bin erstaunt, für den billigen Preis eine solch reichhaltige Auswahl zu erhalten. Senden Sie“

Frau Clara Helmann in Hamburg schreibt: „Als ich Ihr Sortiment erhielt, glaubte ich, es seien alte Sämereien, da ich es für unmöglich hielt, daß Sie für einen solch niedrigen Preis etwas Gutes liefern könnten. Ich war jedoch erstaunt, wie alles so gut aufging und habe ich noch den ganzen Winter vorzügliches Gemüse.“ (1082) 8/10/12

Da sich die Aufträge während der Saison dermaßen anhäufen, daß eine schnelle Erledigung nur mit hohen Unkosten verbunden ist, vergüte ich bei sofortiger Bestellung 1 Paket Japanischen Blumenrasen.

A. Ed. Nentwich jr., Erfurt 585, Samenhandlung.

Gärtner-Lehranstalt Oranienburg

bei Berlin.

Institut der Landwirtschaftskammer. — Beginn des Sommersemesters am 20. April 1909. (Späterer Eintritt nach Vereinbarung.)

Die Anstalt bietet **Gehilfen** Gelegenheit zur gründlichen **theoretischen Ausbildung** auf allen Gebieten der Gärtnerei.

Reichhaltiges Demonstrationsmaterial im Anstaltsgarten und Exkursionen nach den bequem und mit geringen Kosten zu erreichenden Königl. Gärten und den bedeutenden Handelsgärtnereien von Berlin und seiner Umgebung. **Kursusdauer 1 Jahr.**

Lehrlinge werden in der Anstaltsgärtnerei **praktisch** ausgebildet.

Billige Pension in der Anstalt. Wenig Bemittelten eventl. Ermäßigung. Ausführlicher Bericht und nähere Auskunft kostenfrei durch **Die Direktion.** (1087)

Bei Bestellungen berufe man sich stets auf diese Zeitung.

Verkehrs-Lokale für Gärtner.

(In dieser Rubrik kostet ein zweizeiliges Inserat pro Vierteljahr 2,50 Mk. (vorausbezahlen). Dafür erhalten die Inserenten regelmäßig ein Exemplar der Zeitung zum Aushängen in ihrem Lokal.)

Barmen, Rest. Hildebrandt, Unterbarmen, Allee-str. 42. Lok. d. Ortsv. Barmen-Elberfeld. (1022)
 Barmen, Rest. Alb. Vogel, Gr. Flußstr. 7. Verkehrslokal der Filiale Barmen. (1025)
 Berlin N., Weissenburgerstr. 67, Verkehrslokal, Herberge. Stellenaussage: 11-12 Uhr ebenda.
 Berlin W., Vorbergstr. 9, Hoffmann, Vereinslokal. Gute Speisen. Versammlung jeden Freitag vor dem 15. (1024)
 Blankensee, Rest. Bernh. David, Dockenhuden. Bahnhofstr. Vers. So. n. 1. u. 15. (1025)
 Braunschweig, Schöppenstedterstr. 3, Zum schwarzen Ross, Verkehrl. Vsl. jed. Sbd. (1026)
 Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstrasse 2. Vslgn. Freitags n. 1. u. 15. j. Monats. (1027)
 Charlottenburg, Osnabrückerstr. 30, F. Krull, Verkehrs- und Versammlungs-Lokal. (1028)
 Chemnitz, J. Maternus un: Hainstr. 7. Versamml. n. Bedarf. Arbeitsnachweis: Witte, Clausstr. 53 I. Cöln a. Rh., Restaurant Arenz, Weyerstr. 112. Vers. Samstag n. d. 1. u. 15.; daselbst Stellenaussage u. Unterstützung. (1029)

Dresden-A., Ritzbergstr. 2 und Marxstr. 13, „Dresdener Volkshaus“, Verkehrl. u. Herberge. Dortmund, Ostwall 17, „Zum Bienehaus“, Inh. Menteler, Verkehrl., Herb. u. Stellenn. Versk. Samstag nach dem 1. und 15. (1030)
 Düsseldorf, Flingerstr. 40-42, Zum gold. Schellfisch, W. Dillberg, gute Küche und Logis, zivile Preise (1031)
 Elberfeld, Volkshaus, Hombüchlerstr., Versk. jeden 4. Samstag im Monat. Verkehrslokal der Filiale Elberfeld. (1032)
 Eschersheim „Zur schönen Aussicht“, Jakob Hoyer, Vereinslokal. (1033)
 Essen-Ruhr, Restaur. Bürgerhalle, Rottstr. 19, Vslgn. alle 14 Tage Samstags. (1034)
 Frankfurt a. M., Schlesinger Eck, Gr. Gallus-Gasse 2, Zentralverkehr der Gärtner Frankfurts, jeden Samstag Versammlung. (1035)
 Frankfurt a. M.-Nordend, Restaurant Erd, Eckenhoimerlandstr. 164, Versammlung Freitag nach dem 1. und 15. (1036)
 Hamburg, Rest. Kling, Drehbahn 48, Arbeitsnachweis von 10-12 Uhr. (1037)

Hamburg-Hoheluft, M. Lewrenz, Wrangel-Strasse 64, Verkehrslokal der Gärtner Hoheluft. Versammlung 1. u. 3. Dienstag i. M. (1038)
 Hannover, Haller's Gasthaus, Bockstr. 11. Koll. sind jeden Tag zu treffen. (1039)
 Lübeck, Rest. Martin Nehlsen, Kl. Burgstr. 25, Verkehrl. u. Nachtlogis. Gute Speisen. (1040)
 Magdeburg, Knochenhauerufer-Strasse 27-28, Eingang Packhof-Strasse, 1 Treppe. Vereinslokal, Zentralherb.: Kleine Klosterstr. (1041)
 Mannheim H. 3, S. Wagner, Restaur. Prinz Max, Vereinslokal des Zweigvereins. (1042)
 Mülhausen im Elsaß, Wirtschaft zur Insula, Klostergasse 18.
 München, Rest. Högerbräu, Thal 75, Zentralverkehr der Gärtner und Herberge. Versammlung jeden vierten Samstag im Monat. (1043)
 Pankow bei Berlin, Pankower Gesellschaftshaus Paul Rozycki, Kreuzstr. 3-4, Vereinslokal des Zweigvereins. (1045)
 Stettin, Verkehrl. u. Nachtlogis bei Fritz Romann, Steglitzer Gewerkschaftshaus, Schloss-Strasse 11, Versk. Donnerstag n. 1. u. 15. (1048)

Nieder-Schönahausen, Restaur. Ludwig, Kaiser Wilhelmstrasse 5, Vereinslokal. (1044)
 Remscheid, Rest. Arnold Trisch, Bismarckstr. 13 Auch Herberge. (1046)
 Solingen, Restaurant A. Nippel, Wupperstr. 41 Zweigvereins-Lokal (1047)
 Stellingen b. Hamburg, A. Lange's Klub- und Ballhaus, Kiehlstr. 211. (1049)
 Stuttgart, Gewerkschaftshaus, Esslinger Str. Nr. 17-19, Stellenaussage: Städt. Arbeitsamt. Seehof b. Teltow, Rest. Waldschlösschen, Vereinsl., Koll. jeden Mittag zu treffen. (1050)
 Wandsbeck, Lübecker Str. 55, W. Jeenicke, Wandsbecker Gesellschaftshaus, Logis pro Nacht 50 Pf. (1051)
 Weiskensee, Restaur. Aug. Reimann, Wörthstrasse 23. Für gute Speisen und Getränke bestens gesorgt. (1052)
 Wiesbaden, Gewerkschaftshaus, Wellritzstr. 41, Vereinsl. Unterst. Woinolt, Metzgergasse 20, 11 12-1 und 7-8 Uhr.
 Zürich, Hintere goldener Stern, Bellevueplatz Versamml. 14 tägig Sonntags. (1053)